

Zum Veranstalter:

Die Initiative „Energienstadt Altdorf“ beschäftigt sich seit Jahren mit den technischen Möglichkeiten von Energiesparen und Förderung der Erneuerbaren Energien.

Zum Ablauf der Veranstaltung:

Siegfried Ebert stellte seinen weitreichenden Kenntnisstand zu den Planungsschritten des Netzausbaus in Deutschland insgesamt dar – durchaus mit dem Bewusstsein dafür, dass bei der Bewertung der Sachlage persönliche Werte entscheidend sind. So sparte er auch seine persönlichen Einschätzungen nicht aus, was natürlich auch Gegenreden vor allem von Trassengegnern provozierte. Er schloss dabei ausdrücklich andere ihm nicht zugängliche Sachinformationen nicht aus.

Allen verlangte dieser Abend ab, mit Verständnis für die verschiedenen Interessenslagen in einen Austausch zu finden.

Zum Inhalt von Vortrag und Diskussion:

Zur Transparenz der Netzplanungen gab Siegfried Ebert gegen Kritik aus Richtung von Politikern und betroffenen Anliegern der geplanten Trasse zu Bedenken, dass bereits 9/2012 in einer öffentlichen ganztägigen Veranstaltung in Nürnberg Gelegenheit war, sich ausführlich über diese Pläne informieren zu lassen. Daher (d.h. von der Bundesnetzagentur) stammten auch einige der gezeigten Darstellungen.

Verteilung von Stromerzeugung und Stromverbrauch in Deutschland

In den neuen Bundesländern stehen keine **AKW**; außerdem erzeugen im Gebiet um **Lauchstädt** (von wo aus die geplante HGÜ-Trasse starten soll) außer den inzwischen bekannten Braunkohlekraftwerken auch konzentriert Windanlagen Strom, andererseits gibt es dort keinen nennenswerten Stromverbrauch durch Industrien, die wiederum konzentriert u.a. in Bayern angesiedelt sind. Daraus ergebe sich nach dem Abschalten der AKW ein Ungleichgewicht von Stromüberproduktion im Osten und ungedecktem Strombedarf im Westen und Süden Deutschlands, deren Umverteilung durch Netzausbau begünstigt werden sollte.

Der kritische Anmerkung eines Zuhörers, dass das von der BNA gestellte Kartenmaterial mit Windradensymbolen am Trassenbeginn unangemessen suggeriere, es gehe bei den Trassen nur um den Transport von „sauberm Windstrom“, konnte der Referent sachlich nur bestätigen. Außerdem ist den Darstellungen die Größenordnung und das Verhältnis von Über- und Unterproduktion nicht zu entnehmen.

Handlungsbedarf wird auch aus der Bewertung des **Netzzustandes in Süddeutschland** durch die BNA abgeleitet, die daraus den Schluss gezogen hat, dass dort eine Stilllegung von Kraftwerken die Systemsicherheit gefährde.

Zum Anteil der **Erneuerbaren Energien** am Energieverbrauch sei deren wachsender Anteil zu verzeichnen – leider aber nicht bei der Wärmezeugung und dem Kraftstoffverbrauch. Außerdem zeigten Zahlen regenerativen Stromproduktion, dass Bayern eher hinterdran sei.

Planungsprozess

Zur Erstellung verschiedener Szenarien (mit verschiedenen Annahmen zu Stromverbrauch und -erzeugung in 10 bzw. 20 Jahren) schätzt die Netzbetreiberfirma (in unserem Fall Amprion) den Stromverbrauch ein und setzt ihn in Beziehung zur erwarteten Stromproduktion. Die Bundesnetzagentur verfeinert diese Vorlage und gibt mit ihrer Veröffentlichung Gelegenheit zu Stellungnahmen. Dies geschah in Bezug auf die Süd-Ost-Trasse bereits 2011 – mit wenig Anteilnahme der Bevölkerung. (*Die Frage, welchem Ministerium diese Behörde unterstellt, d.h. von welchen Außeneinflüssen sie mit gesteuert ist, konnte nicht beantwortet werden.*)

Schon an dieser Stelle gab es von den Zuhörenden (Werner Merkel) den Einwand, Einsprüche an dieser Stelle seien allesamt als nicht relevant abgelehnt worden, was zeige, dass die Vorentscheidung für den Trassenbau keine wirkliche Diskussion zulasse. Der Referent äußerte demgegenüber Vertrauen in einen Planungsprozess „mit Hand und Fuß“.

Nach Entscheidung für das Szenario mit mittlerer regenerativer Stromerzeugung (als politische Entscheidung der Regierung) entwarf der Netzbetreiber einen Netzentwicklungsplan, der nach Prüfung durch die BNA wiederum zur Diskussion stand und 2012 genehmigt wurde.

Im nächsten Schritt erstellte die BNA einen Bundesbedarfsplan, den der Bundestag im April 2013 als „Bundesbedarfsplan-Gesetz“ verabschiedete.

In der momentanen Phase geht es darum, innerhalb der festgelegten Korridore den genauen Trassenverlauf festzustellen.

Vom Landkreis Nürnberger Land sei im übrigen keine Stellungnahme zu diesen Netzausbauplänen zu finden.

Die genaue technische Ausführung ist dem Netzbetreiber überlassen. Als Grund, hier eine Gleichstromleitung zu verlegen, vermutete der Referent das Ziel, diese Technik in Deutschland auszuprobieren – was der von Merkel Merkel (BI gegen Stromtrasse imNürnberger Land/ Süd) ergänzte Hinweis bestärkte, dass diese HGÜ-Trasse mit einem „P“ für „Pilotprojekt“ gekennzeichnet sei.

Da also der Trassenbau direkt ein Bundesgesetz umsetzt, gibt es keine rechtlichen Schritte dagegen – außer ein Umstoßen des ganzen Gesetzes; das hält Siegfried Ebert für unrealistisch, selbst wenn alle Bundestagsabgeordnete mit Wahlkreisen entlang der geplanten Trasse sich dafür einsetzen würden.

Diskussion

In den Fragen und kritischen Beiträgen der Zuhörenden wurde deren großes Interesse, aber auch bei manchen deren große emotionale Betroffenheit durch die Trassenplanung deutlich.

„Datenhoheit“: wer liefert bzw. kontrolliert die zugrundeliegenden Daten? Darin steckt eine grundsätzliche Infragestellung des beschriebenen Entscheidungsprozesses, der von frag-würdigen Eingangsgrößen beeinflusst ist. Demgegenüber verteidigte der Referent die Schwierigkeit, die Daten zu überprüfen, da immense Datenmengen zu berücksichtigen seien. Deutlich wurde in der Diskussion auch, dass die tatsächlichen Zahlen auch von aktuellen politischen Entscheidungen laufend beeinflusst werden, wie z.B. die Einschränkung der Förderung von Photovoltaik im letzten Jahr und die geplante Verhinderung des Neubaus von Windrädern in Bayern durch die angestrebte erhöhte Abstandsregel. Auch ließen kritische Stimmen das Argument nicht gelten, die ganze Planung sei von der Universität Graz unabhängig überprüft worden, da deren Kontrolle ja auf den gleichen fragwürdigen Eingangsgrößen beruhe, die nun zu hinterfragen seien.

Interessant dagegen die aufmerksame Beobachtung eines Zuhörers, dass in allen Szenarien eine gleich hohe Stromerzeugung durch Kohle angenommen ist – also im Unterschied zu variablen Zahlen für die Erneuerbaren Energien nicht zur Disposition gestellt wird, sondern als feste Größe eingeplant, unabhängig vom Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zu dieser Gewichtung von Kohlestrom passt auch, dass ihm, wie der Referent vorher kritisch angemerkt hatte, inzwischen genauso wie den Erneuerbaren Energien ein Einspeisevorrang zugesprochen worden sei, was natürlich nicht vereinbar sei. Keine Einigung konnten die Anwesenden über die Einschätzung zur Zukunft der Kohleverstromung erzielen: Während Siegfried Ebert davon ausgeht, dass sie zwar 2011 erhöht wurde, aber bis 2022 runtergehen solle, hielten ihm Trassengegner entgegen, dass in den neuen Bundesländern erst neue Kohlekraftwerke gebaut und Dörfer für den Tagebau zerstört werden sollten.

Kritisch hakten Zuhörer auch bei der Verfahrensbeschreibung nach, dass die BNA von den vom Netzbetreiber vorgeschlagenen 100 Maßnahmen nur ca. 60 übernommen hat – was zeige, wie wenig dort am Bedarf geplant werde und wie sehr Kontrolle erforderlich sei. Als Erklärung für eine „Über-Planung“ wurde die feste Renditezusage von 9% an den Netzbetreiber genannt: mehr Projekte - mehr Gewinn..

Im Hinblick auf den konkreten Trassenverlauf wurde gegen die Alternative, eine Leitung entlang der Autobahn zu verlegen, die Schutzwürdigkeit des Reichswaldes erklärt, in dem seltene Tier- und Pflanzenarten gefährdet wären. Warum allerdings dort Industriegebiete gebaut werden können, blieb eine offene Frage.

Auf Unverständnis bei den Trassengegnern stieß Siegfried Ebert mit seinen Äußerungen über die konkreten Strommasten, die ihn persönlich nicht beunruhigten – das sei Empfindungssache - und sich außerdem mit einem anderen „Design“ ästhetisch angenehmer gestalten ließen. Auch der Versuch, über Ausgleichszahlungen für betroffene Landbesitzer „das Beste draus zu machen, wenn

die Trasse kommt“, widerstrebte vielen Zuhörerinnen, die seine Bereitschaft nicht teilten,, sich mit den vorgelegten Planungen abzufinden.

Zum Abschluss warb Werner Merkel mit den vorgestellten neuen Protest-Kunst-Pakaten um Verständnis für die Betroffenheit der von gigantischen, bedrohlichen Bauten beunruhigten potentiellen Trassenanwohnerinnen und für eine Sichtbarmachung des Protestes durch Aufhängen der käuflichen Plakate.

(Näheres dazu demnächst)